



Münster, 15. Juli 2003

## P R E S S E M I T T E I L U N G

Mit der Bitte um Veröffentlichung

### Münster muss Zentrum der Landwirtschaft in NRW bleiben

#### *Erklärung des Präsidiums des Westfälisch-Lippischen LandFrauenverbandes (wllv)*

"Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landwirtschaftskammer in das Ruhrgebiet umgesiedelt werden soll. Sie gehört in eine ländliche und landwirtschaftlich geprägte Region und nicht in ein städtisches Ballungszentrum," ist sich das Präsidium des Westfälisch-Lippischen Landfrauenverbandes e.V. (wllv) einig.

Überzeugende Gründe, den Sitz einer fusionierten Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen nach Dortmund, Essen oder Düsseldorf zu verlegen, sind aus Sicht der LandFrauen nicht erkennbar. Viele handfeste Gründe sprechen dagegen:

Es ist eine **unwirtschaftliche Lösung**, zwei Standorte zu schließen und einen neuen aufzubauen, wenn Münster schon heute die räumlichen Voraussetzungen erfüllen kann.

Es ist die **sozial unverträglichste Lösung**, gleich zwei Belegschaften aus Bonn und Münster täglich auf weite Wege in den Berufsverkehr des Ruhrgebiets zu schicken. Für Teilzeitkräfte - und das sind insbesondere Frauen - bedeutet dies in vielen Fällen das Aus in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

LandFrauen-Präsidentin Elsbeth Bernsmann betont: "Wenn Arbeitsplätze in der Westfalenmetropole Münster für Ruhrgebietsstädte geopfert werden, **bluten ländliche Regionen weiter aus**. Das können wir als LandFrauenverband nicht hinnehmen. Es geht zudem ein Stück **westfälische Identität** verloren, wenn die seit mehr als 100 Jahren in Münster erfolgreich arbeitende Landwirtschaftskammer ausradiert wird."

Noch vor sechs Monaten wurde mit Ministerin Höhn und den Hauptversammlungen der beiden Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen einvernehmlich nach langem Tauziehen beschlossen, dass Münster juristischer Sitz der fusionierten Landwirtschaftskammer ist. Die plötzliche Kehrtwende zur Umsiedlung der Landwirtschaftskammer Münster in das "neutrale" Ruhrgebiet, **erschüttert jegliches Vertrauen in die Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit von Beschlüssen**.

"Wenn Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit dieser neuen Standortentscheidung nicht auf den Prüfstand gestellt werden, **werden wir Vernunft und Sachverstand auch auf der Straße einfordern!**", stellt das wllv-Präsidium klar.